

## Verzeichnis der Tabellen

1.A.1.	Die Einkommensleistungen nach Institutionen für die Jahre 1973, 1975, 1977 .....	25
1.A.2.	Struktur der Einkommensleistungen in der Funktion Alter und Hinterbliebene für die Jahre 1973, 1975, 1977 .....	26
2.C.1.	Das Rentenleistungsvolumen in Abhängigkeit unterschiedlicher Gruppenabgrenzungen 1973 .....	64
2.C.2.	Verteilung des Brutto- und des verfügbaren Einkommens deutscher Privathaushalte 1973 .....	66
2.C.3.	Ausgewählte Rentenkumulationen in Haushalten mit einem nicht-erwerbstätigen Haushaltsvorstand 1973 .....	75
2.C.4.	Positive Verteilungsmaße zur Charakterisierung der personalen Verteilung innerhalb sozialer Gruppen, EVS 1973 .....	78
2.D.1.	Anzahl und Höhe der Witwen(r)renten im Rentenbestand und im Rentenzugang 1977 .....	87
2.D.2.	Haushaltsgruppen mit einem Haushaltsnettoeinkommen unterhalb der Sozialhilfeschwelle .....	89
2.D.3.	Einkommensvielfache von Alleinstehenden und Verheirateten mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Renten der ges. Renten- und Unfallversicherung (GRV-Rente) – Ergebnis der Einkommens- u. Verbrauchsstichprobe (EVS) 1973 .....	91
2.D.4.	Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch öffentliche Renten nach Familienstand und Rentenkombination 1977 ....	92
2.D.5.	Die Höhe der Versichertenrenten an Männer und Frauen nach Familienstand im Jahr 1977 .....	93
3.E.1.	Die Hinterbliebenenversorgung von Mann und Frau nach geltendem Recht und nach dem Reformmodell .....	124
3.E.2.	Versicherungsbiographische Daten zum Anwartschaftserwerb von Männern und Frauen in der Rentenversicherung der Angestellten .	128
3.E.3.	Versicherungsbiographische Daten zum Anwartschaftserwerb von Männern und Frauen in der Rentenversicherung der Arbeiter . . .	129

3.E.4.	Anwartschaftserwerb der Geburtsjahrgänge bis 1915 . . . . .	130
3.E.5.	Auswirkungen der Teilhaberrentenregelung auf die Versorgungssituation von Hinterbliebenen der heutigen Rentnerpopulation . .	130
3.E.6.	Projizierte Versicherungsjahre für verheiratete Frauen verschiedener Geburtsjahrgänge . . . . .	137
3.E.7.	Versicherungsbiographische Daten verheirateter Frauen verschiedener Geburtsjahrgänge . . . . .	139
3.E.8.	Auswirkungen des Modells der Sachverständigenkommission auf die Hinterbliebenenversorgung jüngerer Männer und Frauen. . . .	144
3.E.9.	Anwartschaftserwerb aufgrund projizierter Versicherungsjahre der Frauen und unter Berücksichtigung von Erziehungsjahren . . . . .	145

## **Verzeichnis der Übersichten**

<b>1.B.1.</b>	<b>Ziele und Instrumente im gegliederten System der Alterssicherung</b>	<b>56</b>
<b>2.C.1.</b>	<b>Abgrenzung der sozialen Gruppen zur Bestimmung der relativen Einkommensposition . . . . .</b>	<b>67</b>
<b>2.C.2.</b>	<b>Möglichkeiten der Bedarfsmessung . . . . .</b>	<b>71</b>
<b>3.D.1.</b>	<b>Grundtypen der Modellvorschläge für die Reform der sozialen Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen . . . . .</b>	<b>114</b>
<b>3.D.2.</b>	<b>Einordnung der wichtigsten Modellvorschläge gesellschaftlicher Gruppen in die vier Grundtypen der Sachverständigenkommission</b>	<b>115</b>

## **Verzeichnis der Abbildungen**

2.C.1.	Einkommensvielfache sozialer Gruppen . . . . .	69
2.C.2.	Einkommensvielfache pro Kopf sozialer Gruppen . . . . .	72
2.C.3.	Haushaltsnettoeinkommensschichtung von Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenhaushalten . . . . .	79
2.C.4.	Haushaltsnettoeinkommensschichtung von Rentner- und Pensionärshaushalten . . . . .	80
2.D.1.	Frauen nach Familienstand und Familienzusammensetzung – Ergebnis des Mikrozensus 1974 . . . . .	85
3.D.1.	Ausgestaltung der Teilhaberrente . . . . .	120
3.E.1.	Veränderung der Frauenerwerbsquoten 1950 bis 1974 bezogen auf die weibliche Wohnbevölkerung entsprechenden Familienstandes . . . . .	134
3.E.2.	Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen der jeweiligen Altersgruppen . . . . .	138

## **Verzeichnis der Abkürzungen**

### **Zeitschriften**

<b>AnwBl</b>	<b>=</b>	<b>Anwaltsblatt</b>
<b>AuSopo</b>	<b>=</b>	<b>Arbeit und Sozialpolitik</b>
<b>BGBI</b>	<b>=</b>	<b>Bundesgesetzblatt</b>
<b>BTDru</b>	<b>=</b>	<b>Bundestagsdrucksache</b>
<b>BuArb</b>	<b>=</b>	<b>Bundesarbeitsblatt</b>
<b>DAngVers</b>	<b>=</b>	<b>Die Angestelltenversicherung</b>
<b>DArb</b>	<b>=</b>	<b>Die Arbeitgeber</b>
<b>DRiZ</b>	<b>=</b>	<b>Deutsche Richterzeitung</b>
<b>DRV</b>	<b>=</b>	<b>Deutsche Rentenversicherung</b>
<b>FA</b>	<b>=</b>	<b>Finanzarchiv</b>
<b>FamRZ</b>	<b>=</b>	<b>Zeitschrift für das gesamte Familienrecht</b>
<b>HdWW</b>	<b>=</b>	<b>Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften</b>
<b>HuW</b>	<b>=</b>	<b>Haushalt und Wirtschaft</b>
<b>Sozfo</b>	<b>=</b>	<b>Sozialer Fortschritt</b>
<b>SozSi</b>	<b>=</b>	<b>Soziale Sicherheit</b>
<b>WiDie</b>	<b>=</b>	<b>Wirtschaftsdienst</b>
<b>WiSta</b>	<b>=</b>	<b>Wirtschaft und Statistik</b>
<b>WSI</b>	<b>=</b>	<b>Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des deutschen Gewerkschaftsbundes</b>
<b>ZfB</b>	<b>=</b>	<b>Zeitschrift für Beamtenrecht</b>
<b>ZfBev</b>	<b>=</b>	<b>Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft</b>
<b>ZSoz</b>	<b>=</b>	<b>Zeitschrift für Sozialhilfe</b>
<b>ZSR</b>	<b>=</b>	<b>Zeitschrift für Sozialreform</b>

**Sonstige Abkürzungen**

<b>BeamtVG</b>	<b>=</b>	<b>Beamtenversorgungsgesetz</b>
<b>BfA</b>	<b>=</b>	<b>Bundesversicherungsanstalt für Angestellte</b>
<b>BGB</b>	<b>=</b>	<b>Bürgerliches Gesetzbuch</b>
<b>BRRG</b>	<b>=</b>	<b>Beamtenrechtsrahmengesetz</b>
<b>BVerGE</b>	<b>=</b>	<b>Bundesverfassungsgerichtsentscheidung</b>
<b>DGB</b>	<b>=</b>	<b>Deutscher Gewerkschaftsbund</b>
<b>DIW</b>	<b>=</b>	<b>Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung</b>
<b>EheRG</b>	<b>=</b>	<b>Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts</b>
<b>EStG</b>	<b>=</b>	<b>Einkommenssteuergesetz</b>
<b>EVS</b>	<b>=</b>	<b>Einkommens- und Verbrauchsstichprobe</b>
<b>GG</b>	<b>=</b>	<b>Grundgesetz</b>
<b>GRV</b>	<b>=</b>	<b>Gesetzliche Rentenversicherung</b>
<b>INIFES</b>	<b>=</b>	<b>Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie</b>
<b>LVA</b>	<b>=</b>	<b>Landesversicherungsanstalt</b>
<b>MZ</b>	<b>=</b>	<b>Mikrozensus</b>
<b>NF</b>	<b>=</b>	<b>Neue Folge</b>
<b>RtVG</b>	<b>=</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten</b>
<b>VDR</b>	<b>=</b>	<b>Verband Deutscher Rentenversicherungsträger</b>

# Einleitung

## A. Problemstellung

Die Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland steht seit geraumer Zeit im Blickpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Unternimmt man den Versuch einer Schematisierung, so lassen sich grob zwei Problemschwerpunkte herausstellen, ein struktureller und ein finanzieller Schwerpunkt. Diese Trennung ist jedoch inhaltlich nicht zwingend notwendig. Man könnte sogar die These entgegenhalten, daß das finanzielle Problem der Alterssicherung, zum Teil zumindest, durch die strukturellen Probleme verursacht wird. Der strukturelle Problemkreis äußert sich in der Skepsis an der Effektivität und Effizienz der Alterssicherung bzw. des Sozialleistungssystems insgesamt<sup>1</sup>. Nun setzt aber Effektivität das Vorhandensein von Zielen und Zielklarheit voraus<sup>2</sup>. Gerade dies mag im Hinblick auf die Probleme der Alterssicherung bezweifelt werden.

Die vielfach behaupteten Versorgungslücken in der Sicherung alter und hinterbliebener Menschen auf der einen<sup>3</sup> bzw. der „Überversorgung“ auf der anderen Seite<sup>4</sup> sind mit einem effektiven System nicht vereinbar. Die Ursachen liegen zum Teil darin, daß es über die Höhe des als wünschenswert erachteten Versorgungsniveaus keine hinreichend präzisen Vorstellungen gibt bzw. daran, daß keine Abstimmung von Zielvorstellungen zwischen einzelnen Systemen erfolgt, aber auch an der nach wie vor einseitigen Ausrichtung der sozialen Sicherung auf den im Erwerbsprozeß stehenden Bürger<sup>5</sup>. Darüber hinaus entscheidet oft die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufs- oder Unternehmensgruppe über die Höhe der tatsächlich erreichten Altersversorgung.

Das strukturelle Problem der Alterssicherung äußert sich neben den unterschiedlichen Versorgungsmöglichkeiten einzelner sozialer Gruppen auch durch die unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau, von Verheirateten und

---

<sup>1</sup> So z.B. Brück, G.W.: Soziale Sicherung heute – Ein Überblick, in: Pfaff, M., Voigtländer, H. (Hrsg.): Sozialpolitik im Wandel, Bonn 1978, S. 41.

<sup>2</sup> Kaufmann, F.-X.: Zur Problematik der Effektivität und ihrer Erfassung im Bereich der sozialen Sicherung, in: Kulp, B., Haas, H.-D.: Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. II, Berlin 1977, S. 499.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu z.B. Geißler, H.: Die neue soziale Frage, Freiburg 1976.

<sup>4</sup> Vgl. z.B. Schmähl, W.: Zur Einkommenssituation von Rentnern in der Bundesrepublik Deutschland, in: DAngVers, H. 11, 1978, S. 491.

<sup>5</sup> Lampert, H.: Sozialpolitik I: Staatliche, in: HdWW, Stuttgart u.a. 1977, S. 74.

Alleinstehenden sowie durch unterschiedliche Sozialleistungsansprüche bei gleichen sozialen Tatbeständen.

Diese strukturellen Probleme, die zum Teil auch mit Begriffen belegt werden wie „Wildwuchs“ von Sozialleistungen<sup>6</sup>, Ungereimtheiten<sup>7</sup>, Inkonsistenzen<sup>8</sup> und mangelnder Transparenz<sup>9</sup> führten zu einer Flut von Überlegungen, Modellen, aber auch Gerichtsurteilen. Sie mündeten in Forderungen nach mehr Zielkoordination<sup>10</sup>, nach „Harmonisierung“ der Leistungen<sup>11</sup>, nach Beseitigung der Ungleichbehandlung<sup>12</sup>, nach mehr Finalität<sup>13</sup> und Integration<sup>14</sup>.

Im Zusammenhang mit diesen strukturellen Problemen wurde in den Jahren nach der Rentenreform von 1972 infolge der stark angewachsenen Defizite in der gesetzlichen Rentenversicherung immer öfter die Frage nach der Finanzierbarkeit unseres Sozialleistungssystem bzw. nach den Grenzen des Sozialstaates gestellt<sup>15</sup>. Darüber hinaus besitzt die Finanzierungsfrage neben der Leistungs- bzw. Strukturdimension langfristig auch eine Bevölkerungsdimension, die den

<sup>6</sup> So z.B. Zacher, H.F.: Das Vorhaben des Sozialgesetzbuches, Percha 1973, S. 13.

<sup>7</sup> Varelmann, F.: Ungereimtheiten in der Rentenversicherung, in: SozSi, 26. Jg., 1977, S. 105 ff.

<sup>8</sup> Albers, W.: Einkommensumverteilung durch Transferzahlungen, in: WiDie 1978/ XII, S. 598.

<sup>9</sup> Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Zur Einkommenslage der Rentner, Zwischenbericht der Transfer-Enquête-Kommission (im folgenden zitiert als „Transfer-Enquête-Kommission“, Bonn 1979, S. 18.

<sup>10</sup> Schmähl, W.: Über die Notwendigkeit und Voraussetzungen einer koordinierten staatlichen Verteilungspolitik, in: Sozfo, H. 3, 1978, S. 56 ff.

<sup>11</sup> Ders.: Gegen eine isolierte Betrachtung der Finanzierungsprobleme, in: WiDie 1978/II, S. 85; Schmidt, A.: Reformen für das Alter, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/77, S. 174.

<sup>12</sup> Hier der Ungleichbehandlung von Mann und Frau in der gesetzlichen Rentenversicherung, vgl. Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (Hrsg.), BVerGE 39, 1969, Tübingen 1975 (im folgenden zitiert als BVerGE . . .); Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Vorschläge zur sozialen Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen, Gutachten der Sachverständigenkommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen (im folgenden zitiert als „Sachverständigenkommission“), Bonn 1979.

<sup>13</sup> BTDRu VI/643, Sozialbericht 1970 und Sozialbudget, Ziff. 24; Fenge, H.: Kausal- und Finalprinzip im Recht der sozialen Sicherheit, in: BuArb 10/1970, S. 652 ff.; Albers, W.: Möglichkeiten einer stärker final orientierten Sozialpolitik, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 119, Göttingen 1976, insbesondere die Seiten 113 ff.

<sup>14</sup> Pfaff, M., Voigtländer, H.: Soziale Sicherheit zwischen Anspruch und Wirklichkeit; sowie Pfaff, M.: Grundlagen einer integrierten Sozialpolitik, beide in: Pfaff, M., Voigtländer, H. (Hrsg.): Sozialpolitik.

<sup>15</sup> So z.B. bei Moitor, B.: Sozialpolitik auf dem Prüfstand, Hamburg 1976, S. 9 ff.; Wellner, W.: Grenzen des Sozialstaats, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), München 1977; Arendt, W., und Molitor, B., zu „Grenzen des Sozialstaats“, in: WiDie 1975/VI, S. 282 ff.; Müller, E.: Soziale Sicherung, sichern – nicht überfordern, in: DArb Nr. 14/27, 1975, S. 540 ff.; DIW (Hrsg.): Sozialversicherung am Wendepunkt, in: Wochenberichte 9/75, S. 70 ff.; Muhr, G.: Konsequenzen aus der Finanzlage der sozialen Rentenversicherung, in: SozSi, H. 1/2, 1977, S. 1 ff. und S. 33 ff.; Rohwer-Kahlmann, H.: Die Rentenversicherung am Scheideweg, in: ZSR, 1976, S. 7 ff.



der Rentenformel innewohnenden Generationsvertrag möglicherweise zu einem Generationskonflikt werden lassen könnte<sup>16</sup>.

## B. Zielsetzung

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und im Hinblick auf die vom Bundesverfassungsgericht gebotene Neuregelung der Voraussetzungen für den Bezug von Witwen- und Witwerrenten bis 1984<sup>17</sup> versuchen wir Antworten auf folgende Fragen zu finden:

1. Welche Einsichten lassen sich aus den übergeordneten Zielen der Gerechtigkeit und der Sicherheit im Hinblick auf den eingangs angesprochenen strukturellen Problembereich ableiten?
2. Welche Normen, Wertvorstellungen und Ziele bestimmen heute Niveau und Struktur der Alterssicherungsleistungen?
3. Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus den empirisch ermittelten Mustern zu Problemen der Versorgung, Verteilung und Umverteilung durch die Alterssicherungssysteme ziehen?
4. Welche Maßnahmen für eine Reform der Alterssicherung der Frau und der Hinterbliebenen bieten sich an?
5. Welche Auswirkungen der Modelle, insbesondere des Modells der Sachverständigenkommission auf den Problemkreis der Ungleichbehandlung von Mann und Frau, der Unter- bzw. Überversorgung und der Abstimmung (Harmonisierung) der Leistungen sind zu erwarten?

Der Fragenkatalog deutet bereits an, daß die Vorgehensweise auf drei Schwerpunkten beruht: einer Ziel- und Systemanalyse, einer Lageanalyse und einer Analyse möglicher Maßnahmen zur Behebung erkannter Problemsituationen. Diese Gliederung steht in gewissem Gegensatz zu einer bisher weit verbreiteten Auffassung von wissenschaftlicher Sozialpolitik, die „die für jede – praktische wie wissenschaftliche – Politik konstitutive Trias von Lage, Ziel und Maßnahme bislang so gut wie nicht zur Kenntnis genommen hat und die sich

---

<sup>16</sup> Zu den Auswirkungen der Bevölkerungsstrukturveränderung auf die Alterssicherung vgl. z.B. Löwe, H.: Die Auswirkungen des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik Deutschland auf die finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung, in: BuArb 5/1971, S. 344 ff.; Feichtinger, F.: Ursachen und Konsequenzen des Geburtenrückgangs, in: Külp, B., und Haas, D. (Hrsg.): Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, Bd. I, insbes. S. 417 ff.; Wagner, B.: Vom Generationsvertrag zum Generationskonflikt?, in: Dettling, W. (Hrsg.): Schrumpfende Bevölkerung, Wachsende Probleme?, München 1978, S. 116 ff.; Kaltenbach, W., und Orsinger, C.: Bevölkerungsentwicklung und Rentenversicherung, in: DAngVers, H. 1, 1979, S. 1 ff.

<sup>17</sup> Vgl. BVerGE 39, 169.